

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger),

Verlagsort: Tagesblatt Riesfaer, Nr. 20.

Das Riesfaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesfaer, des Finanzamts Riesfaer und des Hauptkontrollamts Reichen, sowie des Gemeinderates Gröda.

Postfach: Dresden 1530, Nicolaistraße Nr. 52.

Nr. 140.

Dienstag, 19. Juni 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Juni 6500.— Mark einschließlich Bringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewerbe für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesfaer. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesfaer. Geschäftsstelle: Grotzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübmann, Riesfaer; für Anzeigentel: Wilhelm Dietrich, Riesfaer.

Deutscher Reichstag.

Abg. Berlin, 18. Juni.

Das Gesetz über wertbeständige Hypotheken und die Novelle zum Hypothekendarlehen werden ohne Debatte dem Reichsausschuß übermiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Zusatzabkommens zum Deutsch-schweizerischen Abkommen über Schweizerische Goldhypotheken in Deutschland und gewisse Arten von Frankensforderungen an deutsche Schuldner. Der wesentliche Inhalt des Abkommens ist der, daß die Schweizerischen Hypotheken unter Bezeichnung des deutschen Schuldners an der persönlichen Haftung als Grundschulden eingetragen werden. Die Verfügung über die Grundschuld hat nicht der Eigentümer, sondern ein von der Reichsregierung zu bestimmender Treuhänder.

Der Ausschuß beantragt dazu eine Entschließung, die Regierung möge den hier in Frage kommenden Hypothekenschuldnern Steuererleichterungen gewähren, um ihnen die Ansammlung von Mitteln zur bereinstimmigen Abdeckung der Frankengrundschulden zu ermöglichen.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnt.) beantragt wegen einzelner Bedenken Zurückverweisung an den Ausschuß. Der Antrag wird abgelehnt.

Bei der Abstimmung über einen Änderungsantrag desselben Abgeordneten stellt sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses heraus.

Präsident Koebke beraumt die neue Sitzung auf 7/8 Uhr an.

In der neuen Sitzung wird der Antrag Schulz-Bromberg abgelehnt und die Vorlage mit der Entschließung des Ausschusses angenommen. In der gleich darauf vorgenommenen dritten Beratung werden die Beschlüsse der zweiten Lesung bestätigt.

Darauf kommt die Novelle zum

Landessteuergesetz

zur zweiten Lesung. — Der Ausschuß hat den Artikel 5 der Regierungsvorlage gestrichen, wonach die Umsatzsteuer zu Gunsten der Gemeinden um 1/2%, also auf 2 1/2% erhöht werden sollte. Der Ausschuß beantragt, den Gemeinden 15% des Aufkommens der Umsatzsteuer zu überweisen. Weiter hat der Ausschuß die vorgeschlagene Schaftsteuer und die Viehhaltungssteuer gestrichen und bei den Getränkesteuern bei Sekt und Trinfrautwein die Höchststeuerungsätze auf 15% des Kleinhandelspreises bemessen, statt 30% in der Regierungsvorlage.

Reichsfinanzminister Dr. Gernod weist in seiner Begründung die gegen die Reichsfinanzverfassung gerichteten Angriffe als unberechtigt zurück. Nicht sie sei schuld an der Finanznot der Länder und Gemeinden, sondern diese Not treffe auch das Reich in demselben Umfang. Erst wenn Wirtschaft und Finanzen die jetzt fehlende Stetigkeit erreicht haben, sei eine grundlegende Reform der Reichsfinanzverfassung möglich. Der vorliegende Gesetzesentwurf lasse deshalb die Grundlagen unseres Steuerwesens unberührt und beschränke sich auf die Ausstattung der Länder und Gemeinden mit erhöhten Reichsteueranteilen. Noch mehr als die lange Dauer der Ausschüßberatungen bedauere die Reichsregierung die vom Ausschuß beschlossenen Änderungen der Vorlage. Die Streichung der vorgeschlagenen Erhöhung der Umsatzsteuer um 1/2 Prozent und die gleichwohl vom Ausschuß beschlossene Erhöhung des Gemeindeanteils bedeutet für das Reich eine finanzielle Belastung von kaum absehbarer Tragweite. Der Ausschuß hat der Novelle einen provisorischen Charakter verliehen durch seinen Beschluß, daß das Gesetz am 1. April 1925 außer Kraft treten solle. Verschiedene andere vom Ausschuß beschlossene Mehrbelastungen des Reiches machen es der Regierung schwer, die schleunige Verabschiedung der Vorlage zu erbitten. Die Finanzlage der Länder und Gemeinden ist nach der genaueren Festlegung des Verteilungsschlüssels nicht so trübe, wie sie vielfach angegeben wird. Wir hoffen, bald zu einem Finanzausgleichsgesetz zu kommen, das eine empfindliche und dauerhafte Regelung unserer Steuerverhältnisse bringt.

Abg. Koch-Weser (Dem.): Wenn der Minister nicht eine Anstige große Reform angekündigt hätte, müßte unser Protest gegen das jetzige System noch schärfer sein. Der Entwurf bringt nur kleine Verbesserungen, wir brauchen aber einen Umbau des zentralistischen Systems. Auch ein überzeugter Unitarier kann nicht mit der Methode einverstanden sein, mit der hier den Selbstverwaltungskörpern jede Selbstverantwortung genommen wird. Nach der Vorlage will das Reich Länder und Gemeinden mehr geben als es selbst einnimmt, also muß die Notenpresse noch mehr als bisher in Anspruch genommen werden. Was aber soll werden, wenn man in einigen Monaten vielleicht von uns die Stilllegung der Notenpresse verlangt?

Abg. Oberfohren (Dn.): Länder und Gemeinden müssen ihre steuerliche Selbstständigkeit wieder erhalten. Der vorliegende Entwurf kann uns nicht befriedigen. Er ist zum Korso geworden, weil der Finanzminister sich nicht mit den nötigen Generale für ihr Kernstück, die Umsatzsteuererhöhung, eingelassen hat.

Reichsfinanzminister Dr. Gernod protestiert gegen diesen Vorwurf. Im Ausschuß habe gerade ein deutschnationales Mitglied sich gegen eine überleitete Verabschiedung der Vorlage erklärt. Redner protestiert auch gegen die Angriffe auf die Erbschaftssteuerreform, mit der sich Erbschaftssteuer ein bleibendes Verdienst erworben habe. In einigen Jahren werde eine Nachprüfung dieses Wertes möglich sein. Falsch sei aber die Meinung, als ob ohne die Erbschaftssteuer Reformen und Länder mit den ihnen in der Vorkriegszeit zustehenden Steuermitteln auskommen könnten. Zu Reformen werde er stets bereit sein, niemals aber an den Grundlagen der Erbschaftssteuerreform zu rütteln lassen.

Abg. Scholz (Dp.): Wenn bei dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches eine Zentralisation der Verwaltung nicht möglich ist, dann muß man sich auch auf einer Zentralisation entschließen. Den Gemeinden ist nur die Gewerbesteuer geblieben, darum wird sie über Gebühr angespannt. Wir dürfen auf diesem Wege nicht weiter schreiten, wir müssen das Uebel an der Wurzel packen und zum alten Steuerlosten zurückkehren. Dem Reich müssen die Vermögens- und Verbräuchsteuer, den Ländern die Einkommensteuer und den Gemeinden Zuschläge zur Einkommensteuer überlassen werden.

Abg. Weiss (Soa.): Solange der Verbräuch nicht steuerlich richtig erfasst ist, wird keine Finanzreform Wandel schaffen können. Wir konnten vor dieser fröhlichen Erfindung des Verbräuchs mit einer Erhöhung der Umsatzsteuer nicht einverstanden sein. Der unmöglichen Finanzlage der Gemeinden muß ein Ende gemacht werden, jetzt können sie die Befolgung ihrer Beamten nur dadurch aufbringen, daß sie die aus Reich abzuführenden Steuern unterlagern.

Nach 7 Uhr wird die Weiterberatung des Landessteuergesetzes abgebrochen und die dritte Lesung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten aufgenommen.

Abg. Wilmann (Dn.) macht die Stellungnahme der Mehrzahl seiner Freunde zur Beantwortung der Frage abhängig, ob die Ausführung des Gesetzes so streng beobachtet werden solle, daß Zustände wie in Hamburg nicht allgemein eintreten können.

Abg. Wulle (Dp.) protestiert gegen die Vorlage und dagegen, daß der Reichstag nicht angehörige Professor Jadasohn hier dem Salvarian eine Lobrede halten konnte.

Reichsinnenminister Cser: Die Regierung hat den lebhaften Wunsch, daß die Vorschriften des Gesetzes nicht durchlöcher werden. Sie will im Einvernehmen mit den Landesregierungen den Kampf gegen die Prostitution auf der ganzen Linie aufnehmen. Abg. Wulle irrt, wenn er glaubt, die Heranziehung eines besonderen Kommissars durch die Regierung sei ein außergewöhnlicher Vorgang. Auch Robert Koch ist früher von der Regierung zu Reichstagsverhandlungen hinzugezogen worden.

Abg. Weidmann (Komm.) erklärt, die Kommunisten würden gegen diesen Schandgesetz stimmen.

Die ersten Paragraphen werden mit großer Mehrheit angenommen, in Paragraph 4 wird auf einen Zentrumsantrag die Regierungsvorlage wieder hergestellt, wonach die Strafverfolgung von Geschlechtskranken nur dann vom Strafamt abhängig gemacht wird, wenn es sich um Ehegatten oder Verlobte handelt.

Im übrigen wird die Vorlage in der Fassung der zweiten Lesung angenommen.

Morgen nachmittag 2 Uhr kleinere Vorlagen und Weiterberatung des Landessteuergesetzes.

Neuer Rekordtiefstand der Mark.

Berlin. Die Mark hat bekanntlich am Montag an den internationalen Devisenmärkten einen abermaligen außerordentlich schweren Rückgang erlitten, der in seinen scheinbaren Auswirkungen einen gefährlichen Charakter annahm. Der Dollar wurde gestern, Montag, mit 148 000 M. genannt und erreichte gegen Abend vorübergehend einen noch weit tieferen Stand. Zeitweise wurde der Dollar mit 175 000 M. notiert, nachdem schon bei der amtlichen Notierung zur Vermeidung stärkerer Anzeichen eine scharfe Repartierung erfolgt war. Die New Yorker Börse brachte einen neuen Rekordtiefstand der Mark mit 160 000 für den Dollar. — An der Londoner Börse erreichte die Mark am Montag einen neuen Tiefststand von 700 000 Mark für ein Pfund, während am Sonnabend bei Schluß der Börse die Mark mit 515 000 zum Pfunde notierte. Auch der französische und der belgische Franken gingen zurück. Paris notierte 75 000, Brüssel 84 200 und Wien 325 000.

Ueber Erreichung wertbeständiger Löhne.

Am 2. Juni hatten die Gewerkschaften an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem auf die gegenwärtigen schweren wirtschaftlichen Verhältnisse innerhalb der Arbeiterschaft hingewiesen und betont wird, daß Schritte zur Beseitigung der Notlage unternommen werden müßten. Am 11. Juni wurden zwischen den Gewerkschaftsvertretern und dem Reichsarbeitsminister die mit der gegenwärtigen Lage zusammenhängenden Fragen in einer Besprechung erörtert. Dabei wurde auch zu dem Problem der Erreichung eines wertbeständigen Lohnes Stellung genommen. In der Gewerkschaftsreise erklärt man es für unbedingt notwendig, durch die Schaffung eines Reallohnes der zunehmenden Selbstwertsetzung entgegenzuwirken, um der Arbeiterschaft auf diese Weise zumindest ein Existenzminimum zu schaffen. Auf welche Weise das Ziel erreicht werden soll, steht noch nicht fest. Der große Ausschuß der Gewerkschaften wird am Freitag in einer Sitzung zu der Frage Stellung nehmen. Am Sonnabend sollen Beratungen innerhalb der Zentralarbeitsgemeinschaft stattfinden. Am 15. Juni hat die Reichsregierung an die Gewerkschaftskommission ein Schreiben gerichtet, in dem sie erklärt, daß sie auch die mit der Lage zusammenhängenden Fragen weiter angehen lassen wolle und daß das Reichsarbeitsministerium die Wünsche der Gewerkschaften weiter verfolgen werde. Der Reichskanzler müsse sich jedoch auf Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen beschränken und könne sich in keinerlei Beziehungen mit den Unterorganisationen einlassen. Im Reichsarbeitsministerium ist den Gewerkschaften zugestanden worden, daß zunächst die Ermittlung der Indexzahlen in kürzester Frist als bisher erfolgen soll.

Ueber die Frage der Erreichung wertbeständiger Löhne hatten die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen gestern wiederum eine Besprechung, die jedoch ergebnislos verlief. Aus den Erörterungen ist zu entnehmen, daß man das Schlagwort Goldlöhne durchaus ablehnt, da bei dem gegenwärtigen Stande der Papiermark die Erzielung von Goldlöhnen einfach unmöglich sei. Zunächst wollen die Gewerkschaften den Gedanken einer aus den wichtigsten Wirtschaftsfaktoren zusammengesetzten paritätischen Indexkommission verwirklichen. Sie würde allmähentlich den Index ermitteln, nach dem die Löhne zu regeln seien. Auf diese Weise würden die Löhne allmähentlich dem ermittelten Index angepaßt werden.

Die Hungerblockade im besetzten Gebiet.

Die durch die Unterbindung der letzten Verkehrslinien im Ruhrgebiet von den Franzosen erzielte Hungerblockade macht sich bereits bemerkbar. Infolge der Unterbrechung der Bahnstrecke Stoppenberg—Herpeht—Dorsten sind gestern keine Milchtransporte in Essen eingetroffen. So weit wie möglich werden die Lebensmittel durch Kraftwagen an die großen Städte herangebracht. Bei der Besetzung der verschiedenen Bahnhöfe ist den Franzosen eine große Anzahl von Waggons mit Lebensmitteln in die Hände gefallen. Die Viehweidung hat u. a. auch durch die gewalttätigen Versteigerungen der wilden Kontrollkommissionen gelitten. Auf deutscher Seite ist man mit größter Energie tätig, die großen Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung zu überwinden. Auf französischer Seite scheint man nicht die Einfuhr von Lebensmitteln direkt zu verhindern; indes kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß die Franzosen mit der indirekten Hungerblockade zu dem letzten Mittel gegriffen haben, um den unbefugten passiven Widerstand der Bevölkerung zu brechen.

Die Lahmlegung des gesamten Eisenbahnverkehrs des Ruhrgebietes hat bereits katastrophale Folgen gezeigt. Im gesamten Gebiet trifft weder Post ein noch kann sie im größeren Umfange fortgeschickt werden. Der Güterverkehr ruht vollkommen. Schon am Sonntag waren einzelne Orte und Städte ohne Milch. Die einzige noch bestehende Möglichkeit aus dem besetzten ins unbesetzte Gebiet zu gelangen ist die Straßenbahn von Dortmund über Brakel nach Unna. Die Besatzungsbehörden haben aber durch neue Verhaftungen auch diese Möglichkeit erschwert. Die Straßenbahndirektion ist angewiesen worden, den Betrieb auf dieser Strecke nur im ganz erheblich eingeschränkten Umfange durchzuführen. Die Freiheit beträgt gegenüber normalen Zeiten 1 1/2 Stunden je 3 Stunden.

Ein neuer Raubzug unter Tant-Bedeckung.

Die Franzosen besetzen vorgestern den Viehwirtschaftsbezirk Grillo-Hunten & Co. (Wannemann-Werke) in Gelsenkirchen-Schake und zwangen den Direktor Köhn in das Werk zu gehen. Die ganze Aktion erfolgte unter dem Aufgebot französischer Tanks, Panzerwagen und Maschinengewehre. Als Zweck stellte sich später heraus, daß die Franzosen die Lieferung von Material erzwingen wollten, das von Firmen in Charleroi auf Grund des Lieferungsabkommens vor längerer Zeit bestellt wurde. Die Lieferungen waren aber wegen des Einbruches nicht ausgeführt worden. Die Franzosen hatten auch gleichzeitig Ingenieure mitgebracht und außerdem ein Arbeitskommando, das sofort mit dem Verladen begann, da die deutschen Arbeiter und die Werkleitung die Hilfe ablehnten.

Ein viehisches Verbrechen an einem angewiesenen Eisenbahner.

Am Sonntag, in später Nachtstunde, wurde in einem Walde bei Kibitzheim ein aus Kartaus ausgehiebener Eisenbahner vollständig entleidet und bestimmungslos aufgefunden. Nachdem er sich einigermaßen erholt hatte, erklärte er, daß er von drei Weiräubern in der schändlichsten Weise vergewaltigt worden sei. Der Mann wurde in schwer verletztem Zustande dem Krankenhaus zugeführt.

Neue scharfe Verordnung Degouttes.

Nach einer Verordnung des Generals Degouttes sollen in Zukunft bei Attentaten auf Angehörige der Besatzungstruppen und bei Sabotageakten an den Bahnkörpern außer den bisher angewandten Zwangsmaßnahmen auch noch alle in der Nähe liegenden Privathäuser geräumt werden.

Poincaré will mit Belgien antworten.

Der Matin meldet aus Brüssel, daß Poincaré die belgische Regierung gebeten habe, sich mit ihm zu verständigen, um eine gemeinsame Antwortnote an Deutschland festzustellen. Man ist der Ansicht, daß trotz der Neutralität der belgische Regierung dem Wunsche Poincarés entsprechen wird.

Gemeinsame Antwort auch an England.

Der Pariser Berichterstatter der Times schreibt, die französische Regierung wünsch eine gemeinsame Antwort mit der belgischen Regierung auf den Teil des britischen Memorandums zu geben, der die Frage des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet behandelt. Es bestehe nicht die Absicht, wie verschiedene französische Zeitungen behauptet haben, eine mündliche Antwort zu erteilen. Die Antwort von Paris und Brüssel werde schriftlich und in einer gemeinsamen Note erteilt werden. Vorgestern habe die belgische Regierung einen Entwurf der von Poincaré vorgeschlagenen Note erhalten. In dieser wende sich der französische Ministerpräsident in sehr herzlichen Worten an die britische Regierung. Dem Berichterstatter wird von maßgebender Stelle erklärt, Poincaré selge einen „wirklichen Wunsch nach einem Einvernehmen“.

Dem politischen Berichterstatter der Wall Mall Gazette zufolge beruht in britischen amtlichen Kreisen sehr stark